



Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Zweiter Förderaufruf zur Förderbekanntmachung „Modellregionen der Intelligenten Vernetzung – Konzepte und erste Umsetzungsschritte“

Vom 7. April 2017

Wie in Nummer 5.4 der Förderbekanntmachung „Modellregionen der Intelligenten Vernetzung – Konzepte und erste Umsetzungsschritte“ vom 16. August 2016 (BAnz AT 30.08.2016 B1) avisiert, steht im laufenden Haushaltsjahr ein mehrjähriger Ansatz von insgesamt rund einer Million Euro an Haushaltsmitteln für den zweiten Förderaufruf zur Verfügung. Es ist beabsichtigt, diese Mittel zur Förderung neuer Projekte zu Modellregionen der Intelligenten Vernetzung bis Ende 2017 zu binden.

Gegenüber der Förderbekanntmachung vom 16. August 2016 sind folgende Ergänzungen, Änderungen bzw. Präzisierungen zu beachten:

Zu Nummer 3:

Aufgrund der föderalen Aufgabenteilung sind Körperschaften des öffentlichen Rechts nur in begründeten Ausnahmefällen für projektbezogene Tätigkeiten förderfähig, vgl. Nummer 3 Absatz 4 der Förderbekanntmachung. Der Passus „Die betroffene Körperschaft organisiert die Kooperation mehrerer Kommunen bzw. Landkreise durch eine dezidierte Arbeitseinheit“ ist dort wie folgt zu verstehen:

- Landkreise als kommunale Gemeindeverbände erfüllen grundsätzlich die ersten beiden Spiegelstriche in Nummer 3 Absatz 4 der Förderbekanntmachung.
- Im Falle einer Kommune sind mindestens zwei Kommunen am Projekt beteiligt und genau eine Kommune ist Zuwendungsempfänger (die übrigen Kommunen nehmen als assoziierte Projektpartner teil).
- „Dezidierte Arbeitseinheit“ bedeutet beispielsweise, dass die Tätigkeit in der institutionellen Struktur des Zuwendungsempfängers ausgewiesen wird (eigenes Referat, Arbeitsgruppe, Aufbaustab o. Ä.).

Zu Nummer 4:

Gefördert werden ausschließlich Verbundvorhaben mit mindestens drei Verbundpartnern. Die Anzahl an assoziierten Partnern (assoziierte Projektpartner erhalten keine Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, schließen jedoch die Kooperationsvereinbarung mit ab) liegt im Ermessen des Konsortiums.

Diese Regelung ist auf den für Modellregionen prägenden Vernetzungsgedanken zurückzuführen.

Zu Nummer 5:

Bei gleicher Punktzahl gemäß Bewertungsmatrix wird Projektskizzen mit einer über alle potentiellen Antragsteller summiert höheren Eigenbeteiligung (maßgeblich ist das Verhältnis der Eigenmittel zu den Projektaufwendungen) Vorrang gegeben.

Zu Nummer 6:

Die Zuwendungen erfolgen ausnahmslos als De-minimis-Beihilfen auf Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013. Das bedeutet, dass die Zuwendung des Bundes pro Zuwendungsempfänger auf 200 000 Euro innerhalb von drei Kalenderjahren beschränkt ist. Bereits anderweitig erhaltene De-minimis-Beihilfen werden angerechnet.

Diese Regelung dient der Verwaltungsvereinfachung, da eine beihilferechtliche Einzelfallprüfung (gegebenenfalls mit entsprechenden Rechtsgutachten) im Verfahren mit Blick auf das Fördervolumen nicht wirtschaftlich darstellbar ist.

Zu Nummer 7:

- a) Das Einreichen neuer Projektskizzen im zweistufigen Verfahren gemäß Nummer 7 der Förderbekanntmachung ist abweichend von der Frist in Nummer 7.2.1 jederzeit möglich.

Aus organisatorischen Gründen hält sich der Zuwendungsgeber vor, Skizzen im Ideenwettbewerb gebündelt zu bewerten. Voraussichtliche Zeitpunkte hierzu sind im Jahr 2017 Mitte Juni und Anfang September. Im IV. Quartal 2017 eingereichte Projektskizzen können für die Förderrunde im Jahr 2017 voraussichtlich nicht mehr berücksichtigt werden.

- b) Der Zuwendungsgeber erwartet zum Gliederungspunkt 6 (Potentiale der Kooperationspartner) der Skizze eine Selbstauskunft für jeden einzelnen Zuwendungsinteressenten, um welche Art und Struktur von Unternehmen/Organisation es sich konkret handelt. So ist bereits für die erste Einordnung von Unternehmen mit Blick auf die Relevanz



für das Vorhaben, die mögliche Förderintensität und eine standortreziproke Verwertung (d. h. Verwertung möglichst mit Wertschöpfung in Deutschland) der Projektergebnisse von Interesse:

- ob es sich um ein kleines bzw. mittleres Unternehmen (KMU) gemäß EU-Definition handelt;
- Überblick über Tätigkeitsfeld, Umsatz, Beschäftigtenzahl, Standorte, Eigentumsverhältnisse (insbesondere etwaiger ausländischer Mehrheitsbesitz).

Bei themenbezogenen Vertretungen der durch die Digitalisierung betroffenen Interessengruppen ist insbesondere

- die Rechtsform und Organisation,
- Überblick über Tätigkeitsfeld, Mitgliederzahl und Größe der vertretenen Interessensgruppe sowie die Finanzkraft und personelle Ausstattung

relevant.

c) Bei Gliederungspunkt 2 (Innovationsgehalt und Attraktivität des Lösungsansatzes) der Skizze erwartet der Zuwendungsgeber eine klare Darstellung (idealerweise quantifiziert) des Mehrwerts der Projektidee sowie eine Abgrenzung von bestehenden Lösungen.

d) Die spätere (wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche) Verwertung der Projektergebnisse spielt eine wesentliche Rolle im Förderverfahren. Hierzu sollen zu Gliederungspunkt 4 der Skizze nachvollziehbare Planungen präsentiert werden.

Im Übrigen gilt die Förderbekanntmachung vom 16. August 2016 unverändert fort, insbesondere hinsichtlich der Bewertungsmatrix für die Projektskizzen.

Bonn, den 7. April 2017

Bundesministerium
für Wirtschaft und Energie

Im Auftrag
Dr. Peter Knauth
